

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung

des Finanz- und Verwaltungsausschusses

vom Dienstag, 19. März 1996

=====
Sitzungsleiter: 1.Bgm. W. Brilmayer
Schriftführer: R. Brilmayer

Anwesend waren 2. Bgm. Geislinger und 3. Bgmin. Anhalt, die Stadträtinnen Ackstaller (für StRin. Will) und Kratzer sowie die Stadträte Freundl, Heilbrunner, Mühlfenzl (für StR Schurer), Ostermaier (für StR Reischl) und Spötl (für StR Riedl).

Entschuldigt fehlten Stadträtin Will sowie die Stadträte Reischl, Riedl und Schurer.

Herr König und Herr Hilger nahmen beratend an der Sitzung teil.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Bgm. Brilmayer die ordnungsgemäße Ladung fest.

=====
Lfd.Nr. 493

Vorberatung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans 1996 samt Anlagen;

öffentlich

Bgm. Brilmayer wies einleitend darauf hin, daß sich der Entwurf des Haushaltsplans äußerst schwierig gestaltete, da einerseits deutliche Mindereinnahmen aus den verschiedenen Steueraufkommen und andererseits zahlreiche Mehrausgaben bei den verschiedensten Aufgaben der Stadt zu verzeichnen seien. Es werden deshalb Abstriche in allen Bereichen erforderlich sein, um überhaupt einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, der dann auch den gesetzlichen Anforderungen der kommunalen Haushaltswirtschaft gerecht wird.

Stadtkämmerer Hilger stellte fest, daß wegen der zu erwartenden zahlreichen Ansatzänderungen im Haushaltsentwurf vorerst auf einen Vorbericht verzichtet wurde. Der Verwaltungshaushalt wurde zwar ausgeglichen, jedoch reicht der angesetzte Zuführungsbetrag zum Vermögenshaushalt mit 466.200,00 DM bei weitem nicht aus. Gemäß § 22 KommHV muß der Zuführungsbetrag mindestens so hoch wie die ordentliche Tilgung von Schulden, somit also 1.551.500,00 DM, sein.

Im Verwaltungshaushalt wurden als Einnahmen 18,1 Mio. DM aus Steuern und Zuweisungen, 7,0 Mio. DM aus Gebühren, Pachten und Erstattungen, 2,6 Mio. DM aus sonstigen

Finanzeinnahmen angesetzt. Als Ausgaben wurden 5,5 Mio. DM für Personalkosten, 6,2 Mio. DM für Sach- und Betriebskosten, 1,6 Mio. DM für Zuschüsse, 1,0 Mio. DM für Zinsen, 2,2 Mio. DM Gewerbesteuerumlage, 7,8 Mio. DM Kreisumlage und 0,3 Mio. DM sonstige Ausgaben veranschlagt. Die einzelnen Mehrungen und Minderungen in den Einzelplänen im Vergleich zu 1995 wurden erläutert.

Bei der anschließenden Durchsicht der einzelnen Haushaltsansätze wurden größere Abweichungen zum Vorjahr ebenfalls erläutert. Entsprechende Anmerkungen werden sich im Vorbericht zum Haushaltsplan wiederfinden.

StR Mühlfenzl regte eine Prüfung an, ob für die Abwasserbeseitigung eine andere Betriebsform günstiger wäre, die auch zu einer Entlastung des eigentlichen Haushalts der Stadt führen würde. Seitens der Verwaltung wurde festgestellt, daß alle bisherigen diesbezüglichen Anfragen bei Fachbehörden zu negativen Aussagen geführt haben. Der Ausschuß war sich einig, sich 1996 mit diesem Thema zu befassen. Stadträtin Ackstaller mahnte Kostendeckung in der Abwasserbeseitigung an.

Die Verwaltung hatte verschiedene Möglichkeiten für Einnahmeerhöhungen und Ausgabenminderungen aufgezeigt. Die Aufstellungen mit den einzelnen Positionen wurden vom FiVA durchgesprochen und angedacht. Beschlüsse hierzu wurden noch nicht gefaßt.

Neben zahlreichen kleineren Positionen schienen folgende Punkte besonders erwähnenswert:

Um in die Nähe einer Kostendeckung zu gelangen, sollten die Kanalgebühren auf 4,00 DM/cbm erhöht werden. Im Abwasserbereich problematisch bleibt vorerst die Frage, wie die Umsatzsteuer zu behandeln ist. Bis zur Fortsetzung der Sitzung sollte zu diesem Gebiet nochmals eine eingehende Überprüfung der Ansätze erfolgen.

Ferner erschienen weitere Einnahmeerhöhungen nur über die Anhebung der Grund- und Gewerbesteuerhebesätze, bei denen die Stadt zum Teil deutlich unter den Landesdurchschnitten liegt, möglich. Hierzu wurde die Verwaltung beauftragt, verschiedene Varianten auszuarbeiten und vorzulegen.

Auch bei den Ausgaben wurden die verschiedensten Kürzungsmöglichkeiten angedacht. Von besonderer Bedeutung hier die geplanten Einsparungen bei den Personalkosten. Die Kürzungen bei Ballungsraumzulage, Essenszuschuß, Arbeitskleidung, Betriebsfeiern, geringfügig Beschäftigten, Überstundenabbau, Verschiebung von Beförderungen, Fraktionsgelder, Fortbildungskosten usw. wurden von H. König im einzelnen erläutert. Augenmerk wurde besonders auf soziale Komponenten gelegt, die Einsparungen beziehen sich auf bisher von der Stadt gewährte freiwillige Leistungen. Alle Maßnahmen sind mit dem Personal besprochen und werden unter der Maßgabe akzeptiert, daß hierdurch Entlassungen vermieden werden können. Das Personal erwartet, daß bei verbesserter Finanzlage eine Wiedereinführung der Leistungen möglich sein muß.

Stadtrat Mühlfenzl und Stadträtin Ackstaller wandten sich deutlich gegen Einsparungen auf dem Rücken des Personals. Dies könne der Motivation der Mitarbeiter nicht dienlich sein. Stadträtin Kratzer verwies dagegen auf die prekäre Arbeitsmarktlage in der freien Wirtschaft und hielt gewisse Abstriche durchaus für hinnehmbar.

Die Mitglieder des FiVA waren sich einig, die Vorschläge in Ruhe zu überdenken und die Diskussion und evtl. neue Vorschläge bei der Fortsetzung der Sitzung am 21.3.96 weiterzuführen bzw. einzubringen.

Beginn der öffentlichen Sitzung: 19.00 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 23.15 Uhr

Ebersberg, 25.03.96

W. Brilmayer
Sitzungsleiter

R. Brilmayer
Schriftführer